

1. Juli 2020

Stellungnahme zu den Annexionsplänen der israelischen Regierung

Bischofskonferenz der VELKD

Mit Sorge hat die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in ihrer Sitzung am 19. Juni 2020 auf die Ankündigung der israelischen Regierung reagiert, Teile des Westjordanlandes zu annektieren. Sie befürchtet, dass dieser Schritt die politische Konfliktlage im Heiligen Land weiter verschärft. Die Umsetzung der Pläne hätte fatale Folgen für die Perspektive des Friedensprozesses im Heiligen Land.

Die Bischofskonferenz bekräftigt die Stellungnahme der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK) der EKD. In der EMOK, deren Mitglied die VELKD ist, sind zahlreiche Landeskirchen, Missionswerke, Hilfswerke und christliche Organisationen verbunden, die Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten pflegen.

Auf der Grundlage der Verbundenheit der Kirche mit dem Judentum und zugleich in Solidarität mit den christlichen Kirchen in Israel und Palästina hat sich die EMOK am 28. Mai 2020 kritisch zu der „aktuell von der israelischen Regierung geplanten und im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Annexion des Jordantals sowie weiterer Teile des besetzten palästinensischen Gebiets“ geäußert. „Eine

solche Annexion würde gegen das Völkerrecht verstoßen.“

In Übereinstimmung mit der EMOK-Stellungnahme bekräftigt die Bischofskonferenz die international anerkannte Perspektive einer Zweistaatenlösung und unterstützt den Aufruf der EMOK an

- die israelische Regierung, die von ihr vereinbarten Annexionspläne auszusetzen, also zu verwerfen,
- die palästinensische Führung, interne Streitigkeiten zu beenden und sich mit einer Stimme gegen die Annexionspläne der israelischen Regierung zu wenden,
- die israelische und palästinensische Zivilgesellschaft, sich gegen die Annexion auszusprechen und für Verhandlungen einzusetzen,
- die politisch Verantwortlichen in Israel und Palästina, Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes wiederaufzunehmen,
- die Bundesregierung sowie die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsstaaten, sich konsequent gegen die unilaterale Annexion von Teilen des palästinensischen Westjordanlandes durch die israelische Regierung einzusetzen und an ihrer Unterstützung des Friedensprozesses festzuhalten,

- die Bundesregierung, sich im Rahmen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft für eine zentrale Vermittlerrolle der Europäischen Union zu engagieren und sich weiterhin für eine verhandelte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts auf Basis des internationalen humanitären Völkerrechts einzusetzen.

Die Bischofskonferenz bringt ihre Solidarität mit den Christinnen und Christen im Heiligen Land zum Ausdruck. Sie unterstützt die Erklärung der Patriarchen und Kirchenführer Jerusalems vom 7. Mai 2020 sowie den Aufruf „Liberation, not annexation“ ihrer lutherischen Schwesterkirche im Heiligen Land zum Pfingstfest 2020. Deren Bischof Sani Ibrahim Azar warnt darin vor den Annexionsplänen, die nicht den Weg zur Versöhnung und zu einem friedlichen Zusammenleben eröffnen. Stattdessen setze sich die Kirche seit langem für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Palästina und Israel ein.

Die Gliedkirchen der VELKD bleiben dem Heiligen Land und all seinen Bewohnerinnen und Bewohnern eng verbunden und lassen nicht nach, für Frieden und Versöhnung zu beten und zu arbeiten.